

## Die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen.

N. Berlin, 15. Mai. (Preis-Zel.) Die verstärkte Subgetkommission des Reichstages setzte heute Nachmittag die Beratung über die Denkschrift betreffend die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen fort. Man wies auf die Notwendigkeit einer Preisregulierung sofort nach der neuen Ernte hin, damit die Vorversorgung in der wünschenswerten Weise erfolgen könne, und zwar in erster Linie für die Kartoffeln. Für das Einbringen der neuen Ernte müßten schon jetzt Arbeitskräfte besorgt werden. Waldarbeiter, Bauarbeiter und andere müßten der Erntearbeit zugeführt werden, dürften jedoch hierbei Lohnverluste nicht erleiden. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter tabelte den Widerstand landwirtschaftlicher Kreise gegen die Vorratserhebung und gegen die Durchführung von Höchstpreisen. Die Kriegsgetreidegesellschaft habe sich nach und nach in ihre Aufgabe eingearbeitet. Ihr Ersatz durch eine neue Organisation sei nicht wünschenswert. Notwendig erscheine es, Zusatzbrotmarken für die körperlich schwer arbeitenden Bevölkerungsschichten einzuführen. Dazu könnten die Reservevorräte herangezogen werden, die man nicht in das neue Erntejahr hinüberzunehmen brauche. Trotz der Möglichkeit, mehr Weizenmehl zu verwenden, dürfe das Nachbrotverbot nicht aufgehoben werden. Die Höchstpreise für Kartoffeln müßten herabgesetzt und in Zukunft die Verwendung von Kartoffeln zur Erzeugung von Spiritus eingeschränkt werden. Dieser Redner streifte auch die Wildschäden.

Der Staatssekretär des Innern stellte von neuem fest, daß heute mehr Kartoffeln auf den Markt kommen, als wir brauchen. Höchstpreise setzen eine Beschlagnahme voraus, die bei den Kartoffeln unmöglich sei. Der Versuch, durch Festsetzung höherer Preise die Verfüllung zu vermindern, sei nicht wirkungslos geblieben. Die Reports für Kartoffeln seien vielleicht noch nicht hoch genug, um den Anreiz zu geben, daß die Kartoffeln von den Produzenten konserviert werden. Wenn die Lage auch besser sei, als man befürchtet habe, so sei doch Sparsamkeit nach wie vor geboten. Ein konservativer Redner wies auf die Meinung der Landwirte hin, Kartoffeln in übergroßer Menge auf den Markt zu bringen, und begründete dies mit dem Arbeitsmangel, der eine genügende Pflege der Kartoffeln verhindere. Ein Zentrumsabgeordneter äußerte Bedenken dagegen, daß die Vorräte ausschließlich durch die Kommunalverbände verwendet werden sollen. Es müsse für einen Austausch der einzelnen Getreidequalitäten gesorgt werden. Die bestehenden Organisationen litten vielleicht unter einem Uebermaß von Sachverständigen. In der Festsetzung der Höchstpreise müsse eine Mäßigung eintreten. Ein nationalliberaler Redner betonte die großen Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Bestellung. Gleichwohl sei durch geeignete Maßnahmen in Zukunft eine Verbilligung der Ernährung zu erreichen. Der Redner begründete die von seiner Partei eingebrachte Resolution. Die ausreichende Kartoffelversorgung der weniger Bemittelten bezweckt, für den Fall einer Beschlagnahme der Ernteprodukte vorzugsweise die über 100 Hektar großen Betriebe heranzuziehen und das Höchstmaß der Enteignungspreise auf 150 Prozent des Durchschnitts aus dem letzten Friedensjahrsfrucht zu heben. Weiter führt dieser Redner aus, daß in den Sachverständigenbeiräten die Landwirtschaft im allgemeinen ausreichend vertreten, der bäuerliche Besitz aber gegenüber dem Grundbesitz benachteiligt sei. Der Staatssekretär des

Innern verteidigte die Zusammenfassung des Beirats der Reichsstelle für Kartoffelversorgung. Er verwahrte sich sehr entschieden dagegen, daß ihm etwa die Absicht einer Veranschlagung des kleinen Besitzes zugeschrieben werde. Ausführlich behandelte ein sozialdemokratischer Redner noch einmal die Frage der Höchstpreise, die von vornherein unrichtig angefaßt worden sei. Hohe Preise im Interesse der Landwirtschaft und billige Preise im Interesse der Verbraucher vertrügen sich nicht miteinander. Das Ziel, die ärmere Bevölkerung wohlfeil zu versorgen, sei nicht erreicht worden. Wenn auch im Anfang Mißgriffe unvermeidlich wären, so müßten sie jetzt verschwinden. Die Beschaffung großer Vorräte zur jetzigen Zeit würde die unglaublich hohen Preise auf lange Zeit hinaus aufrecht erhalten. Darauf besprach ein Regierungsvertreter einige in der Auseinandersetzung erwähnte Dinge: Bei der Dauerverware, die bereits vor dem 1. Juni auf den Markt gebracht werden sollte, handele es sich nicht um Gefrierfleisch und Konserven. Die hohen Schweinepreise erklärten sich aus der starken Nachfrage der Gemeinden. Alle Mittel gegen das Steigen der Schweinepreise versagen. Jetzt werde jedenfalls eine Erleichterung eintreten. Der Mißbrauch mit der Verwendung von Bezugsscheinen ließe sich auf dem Wege des fortschrittlichen Antrages (Ermächtigung der Gemeinden zu strafrechtlich geschützten Anordnungen für die Lebensmittelversorgung) nicht beseitigen. Eine Bundesratsverordnung würde genügen, die einen derartigen Mißbrauch strafbar mache. Die Festsetzung der Höchstpreise für die Endprodukte müsse den Gemeinden bleiben und lasse sich nicht zentral regeln.

Zur weiteren Prüfung der Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen verlagte die Kommission sich auf Dienstag Vormittag.